

»Staatssozialismus« weitaus wichtiger als die traditionelle Bekämpfung der »sozialistischen Gefahr« wurde, ja, daß schließlich das Bündnis mit den ehemals als Todfeinden betrachteten sozialistischen Gewerkschaften als Rettung vor der als gefährlicher angesehenen staatlichen Ordnungspolitik gesucht wurde. Wichtig und über die bisherigen Ergebnisse hinausführend ist in diesem Zusammenhang, daß die zahllosen einschneidenden, dabei wenig koordinierten und noch weniger effizienten Eingriffe des Reichswirtschaftsamtes in die Textilwirtschaft eine besondere Bedeutung gewonnen haben, zumal in diesem Industriebereich offensichtlich von den staatlichen Behörden auch nicht die finanziellen Kompensationen, die in anderen Branchen gewährt wurden und dort die Eingriffe vom Unternehmerstandpunkt erträglicher machten, zugestanden worden sind.

Ogleich Zunkel die Benutzung der in den Archiven der DDR befindlichen Akten der Reichsämtler und preußischen Ministerien verweigert wurde und er dieses Quellendefizit nur teilweise durch die übrige bundesstaatliche Überlieferung auszugleichen vermochte, dürften mit dieser Untersuchung bis auf geringe Korrekturen, die sich noch ergeben könnten, die Auseinandersetzungen um die Gestaltung der Wirtschaftsordnung während des Ersten Weltkrieges geklärt sein, jedenfalls wenn man die Auffassung vertritt, daß Wirtschaftsordnungspolitik hinreichend analysiert ist, wenn die von Industriellen, Gewerkschaftlern, Beamten und Politikern formulierten Meinungsäußerungen und organisatorischen Konzeptionen genau wiedergegeben werden. Mir scheint allerdings, daß dies nur die eine, keineswegs etwa unwichtigere, aber doch nur die eine Seite des Problems ist. Ergänzt werden müßte dies durch eine ebenso stringente Analyse der realen ökonomischen und sozialen Situation der Bevölkerung, die uns im einzelnen Aufschluß darüber geben könnte, welche konkreten Interessen sich in Befürwortung wie Bekämpfung und in der Ausprägung des sich im Krieg voll entfaltenden Staatsinterventionismus durchgesetzt haben.

Peter-Christian Witt

Wolfgang Huber / Johannes Schwerdtfeger (Hrsg.), Kirche zwischen Krieg und Frieden. Studien zur Geschichte des deutschen Protestantismus (= Forschungen und Berichte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Bd. 31), Klett Verlag, Stuttgart 1976, 627 S., Ln., 43 DM.

Anders als die vorwiegende Fragerichtung von Friedensforschung nach Handlungsmöglichkeiten von Regierungen und zwischenstaatlichen Organisationen setzt die Untersuchung zweier von *Huber / Schwerdtfeger* herausgegebener Aufsatzsammlungen bei den Chancen sozialer Gruppen zur Realisierung von Frieden an. Als exemplarische Gruppen wurden der deutsche Protestantismus und die Arbeiterbewegung ausgewählt.

Der hier referierte Band fragt historisch und systematisierend nach den Handlungsformen, in denen die christlichen Kirchen ihrem irenischen Anspruch gerecht werden können, sowie nach den Hindernissen auf ihrem Weg von theologischer Programmatik zu gesellschaftlich-kirchlicher Praxis.

Fallstudien, die spezifische Vergleiche zwischen dem Verhalten christlicher Organisationen gegenüber Krieg und Revolution beabsichtigen, finden sich eingebettet in einen Bezugsrahmen aus drei historischen Längsschnitten, in denen Prozesse analysiert werden, welche die Stellung des deutschen Protestantismus zum Problem Krieg/Frieden besonders beeinflussten.

Ausgehend von einem aufweisbaren »Zusammenhang zwischen der Struktur einer Organisation und deren [...] Handlungsgrenzen« (S. 11), verfolgen *Wolfgang Huber* und *Theodor Strohm* in der ersten Tendenzanalyse das Werden der sozialen Gestalt des Protestantismus seit der Reformation. Dabei werden die Verfassungstendenzen im außerdeutschen Protestantismus berücksichtigt, dort wie hier vor dem Hintergrund unterschiedlicher Entwicklung der jeweiligen Staatsverfassungen. Zwei grundlegenden Verfassungstypen lassen

sich die vielfältigen protestantischen Organisationsformen zuordnen: dem autoritär-bürokratischen sowie dem demokratisch-genossenschaftlichen, wie er in schweizerischen und britisch-amerikanischen Traditionen verwurzelt, in Deutschland aber nur als Ausnahme aufgetreten ist (etwa die Herrnhuter Brüdergemeine, freiprotestantische Organisationen im vorinstitutionellen Raum, Bekennende Kirche im Dritten Reich).

Zwar wandeln sich Kirchen mit weitgehender Selbstverwaltung der Basis leichter zur Sekte als die Amtskirchen, sind gleichwohl flexibler und eher in der Lage, auf neue Herausforderungen aus der Gesellschaft kompetent zu reagieren. Bürokratisch-autoritäre Kirchen hingegen tendieren zur Übernahme von Ideologie und Verhalten etablierter öffentlicher Gewalt, verlieren damit die Chance kritischer Distanz, was sich im Falle aggressiver Staatspolitik als wenig friedensfördernd auswirkt.

Wilhelm Janssens Tendenzanalyse bietet eine detaillierte Übersicht über den Wandel des begrifflichen Gehaltes von Krieg und Frieden vom Beginn des Mittelalters bis ins 20. Jahrhundert. Diese Bedeutungsverschiebungen spiegeln sozioökonomische Veränderungen der abendländischen Gesellschaft, in deren Verlauf sich Erscheinungsform, Funktion und Charakter dessen änderten, was jeweils mit ›Krieg‹ und ›Frieden‹ bezeichnet wurde. So unterlagen Krieg/Frieden den unterschiedlichsten Bewertungen im öffentlichen Bewußtsein: Galten im Mittelalter der »gerechte Krieg« und der »zeitliche Frieden«, so strebte die Aufklärung nach dem »ewigen Frieden«, rasch gefolgt vom Bellizismus der europäischen Nationalstaaten seit dem Niedergang der Napoleonischen Herrschaft. Immer wieder kommt das Wechselspiel zwischen dem Funktionswandel von Krieg/Frieden im rechtlich-politischen Bereich und seiner Verarbeitung durch Theologie bzw. Kirche zur Darstellung. Dabei zeigt sich, daß nur selten die Friedensverheißung des Evangeliums gegenüber geltenden Vorstellungen kritisch eingebracht wurde.

Im poetisch-literarischen Bereich fragt *Martin Schmidts* Tendenzanalyse, inwieweit sich unmittelbar vor dem Untersuchungszeitraum der Fallstudien Kriegsverherrlichung nachweisen läßt. Nach Abflauen der Kriegsfurcht infolge des Dreißigjährigen Krieges erschien der Krieg zur Mitte des 18. Jahrhunderts »gleichsam in Festbeleuchtung« (S. 131) dank einer Renaissance antiker und germanischer Traditionen. Im Gefolge dieser »neuen« Motive erschien »kraftvolle Männlichkeit [...] als positive, geschichtsgestaltende Qualität, und sie bewährte sich vorzugsweise im Kriege« (S. 132). Heldenverehrung, in der Kampfsituation wurzelnd, setzte sich bei den behandelten Dichtern (Klopstock, Schiller, Hölderlin, Novalis) immer wieder gegen jene reformatorisch-christliche Vorstellung durch, der Kriegsdienst als in Demut zu verrichtendes notwendiges Übel gilt.

In der ersten Fallstudie entrollt *Otto Dann*, wie der Pazifismus der Aufklärung, basierend auf einem Bündnis von Adel und Bürgertum, mit den anhebenden Kontroversen über die Französische Revolution seine motivierende Kraft einbüßte. So wurde um 1800 Frieden, häufig religiös, im Privaten kultiviert, teilweise vom Napoleonischen Universalstaat erhofft. Der aus seinen Trümmern erstehende deutsche Nationalismus witterte in der neuen Gattung des Volkskrieges die Chance, zugleich nationale Unabhängigkeit, Menschenrechte und sozialen Fortschritt zu erringen, hierin heutigen Befreiungsbewegungen in Neo-/Kolonien nicht unähnlich. Die Hoffnungen der Befreiungskriege, von der auf sie folgenden Politik kaum realisiert, wurden bis 1914 von interessierter Seite immer wieder gerne ins Spiel gebracht, um Kriegsbereitschaft zu stimulieren.

Anhand der ambivalenten Stellung der katholischen Hierarchie zur Revolution – Ablehnung im Vormärz, taktische Bejahung nach dem Ausbruch – demonstriert *Karin Jaeger* die Geburt des politischen Katholizismus in Deutschland: Die Gläubigen wurden zwar mobilisiert, ihre Impulse jedoch ganz unrevolutionär zugunsten einer Stärkung der Institution Kirche im veränderten politischen System eingesetzt.

Religiöse Interpretationen des preußisch-deutschen Sieges von 1871 befragt *Günter Brakelmann* hinsichtlich ihrer ideologischen Bedeutung: Gottes Signal zu einer Verdeutschung der

Welt, Gottes Urteil über die verweichlichte Kultur und emanzipatorische Politik Frankreichs, Gottes Betonung der Überlegenheit des – deutschen – Protestantismus gegenüber »Ultramontanismus« (römisch-katholischer Universalismus) und Revolution. Gemäß der Niederlage des äußeren Feindes Frankreich erschien die Niederhaltung des inneren (Arbeiterbewegung) als ebenso gottgewollt. So zeichnet Brakelmann ideengeschichtliche Linien, die sich in ihrer politisch-psychologischen Funktion vereinigen. Damit verweist er auf eine Ursache der mißlungenen Integration des zweiten Reiches, das erst im Weltkrieg seinen – zeitlichen – inneren »Frieden« fand.

Zum Vergleich mit den Kirchen prüft *Karl Holl* den Einfluß der (bürgerlichen) Deutschen Friedensgesellschaften (DFG) auf die zunehmend aggressive Politik vor 1914. Dabei gelangen besonders Aspekte politischer Kommunikation zur Darstellung. Aus der Sozialstruktur der DFG leitet er ihre politische und programmatische Isoliertheit ab: Dem Linksliberalismus zwar politisch verwandt, begegneten dort jedoch dem Pazifisten neben anderen auch handfeste imperialistische Positionen. Die soziokulturelle Verankerung der deutschen Pazifisten einerseits, andererseits aber auch Überzeugungen auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie¹ von der Unvermeidbarkeit des Krieges im Kapitalismus ließen eine Annäherung von DFG und SPD erst kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges stattfinden. Erste Anzeichen eines Zusammengehens der DFG mit der Arbeiterbewegung in einschlägigen Fragen riefen den Argwohn militärischer Kreise wach. Die Schwierigkeiten von seiten staatlicher Stellen wuchsen, als die DFG während des Krieges sich um Aufrechterhaltung ihrer nun an Mitgliedern rasch zunehmenden Organisation mühten, um Verbreitung eines Friedensprogramms sowie um Kontaktpflege zu Gesinnungsgenossen im feindlichen Ausland. Die Diskussion der DFG führte während des Krieges ansatzweise zur Formulierung friedensfördernder gesellschaftlicher Strukturen. Gerade aber das »Fortbestehen alter politischer und gesellschaftlicher Strukturen« (S. 366) nach dem Kriege hinderte die DFG an einer praktischen Umsetzung des Erkannten.

Pathologische Verarbeitung der Niederlage von 1918, außenpolitische Einschränkungen und innenpolitische Bindungen hinderten den Nationalprotestantismus der Weimarer Republik (seine theologischen Führer waren teilweise am Sozialdarwinismus und dem Ideal des militärischen Machtstaates orientiert) an Beiträgen zum Frieden. *Reinhard Gaede* kontrastiert diese Richtung m. E. sachlich treffend mit den evangelischen Demokraten und Sozialisten sowie der christlichen Friedensbewegung, beides protestantische Minderheiten in jenen Jahren. Durch eine Berücksichtigung von Dahms Erklärungen für die reaktionäre Mentalität einer einflußreichen Gruppe im Weimarer Protestantismus, der Pfarrerschaft², hätte Gaedes Beitrag noch gewinnen können.

Durch Zusammenarbeit mit der international zunehmend integrierten nicht-römisch-katholischen Weltchristenheit leistete die zu freier Organisation tendierende Bekennende (Minderheits-)Kirche von 1934 bis 1945 neben Unterstützung des antifaschistischen Widerstandes und Kritik der Kriegsideologie des Nationalsozialismus (*Armin Boyens*) einen wichtigen Beitrag zur kirchlichen Entwicklung nach 1945, etwa dem Stuttgarter Schuldbekennnis von 1947.

Mit den Erklärungen offizieller Vertreter des deutschen Protestantismus 1965/66 zu Vertriebenenschicksal, ehemaligen Ostgebieten und östlichen Nachbarn hat sich die evangelische Kirche unseres Landes ins Niemandsland der damaligen offiziellen Öffentlichkeit der Bundesrepublik vorgewagt und Pfeile nach innen gerichtet, die bis dahin mit zunehmender Drohgebärde auf Nachbarstaaten gezielt hatten (*Hartmut Rudolph*).

Eine generalisierende Bilanz von Tendenzanalysen und Fallstudien will trotz der unter-

1 *Helga Grebing*, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1966, S. 143.

2 *Karl-Wilhelm Dahm*, Pfarrer und Politik, Köln 1965, S. 114 ff. und passim. Dahms Erklärungsansatz ist berücksichtigt in: *Reinhard Gaede*, Kirche – Christen – Krieg und Frieden, Hamburg 1975.

schiedlichen Forschungsansätze Determinanten des Friedenshandelns von christlichen Kirchen bzw. Gruppen bestimmen. Ansatzpunkte für Friedenshandeln werden auf der theologischen, organisatorischen und politischen Ebene geortet:

Ihre transzendente Existenzbegründung verbietet es der Kirche, irgendwelche gegebenen Identifikationen (etwa mit dem Staat oder der Nation oder einer Partei) festzuschreiben. Nur durch beständige Relativierung von Selbstdefinitionen bleibt die Kirche ihrem absoluten Grund treu. Durch eine genossenschaftlich-demokratische Ordnung kann die Kirche dazu beitragen, daß die Autorität Jesu Christi uneingeschränkt (durch »vermittelnde« oder gar Ersatz-Autoritäten) bezeugt wird. Christliche Initiativgruppen, an Konsensbildung statt an verfügendem Handeln orientiert, in Distanz zur verfaßten Kirche, können, sofern sie die Intention grundlegender Neugestaltung der Kirche bewahren, erhebliche Beiträge zum inneren und zum internationalen Frieden leisten. Eine ökumenische (nicht-römisch-katholisch internationale) Übereinkunft der Kirchen verurteilt die Ideologie naturwüchsiger Unvermeidbarkeit des Krieges. Frieden ist als innergesellschaftlicher und zugleich überstaatlicher Prozeß zu begreifen, materielle Disparitäten zwischen Gruppen und Völkern sind als friedensgefährdend einzuschätzen. Kirchen sind besonders geeignet zum Brückenschlag zwischen Kontrahenten (vgl. Antirassismusprogramm des Weltkirchenrates) – (Wolfgang Huber / Johannes Schwerdtfeger).

Mit der vorliegenden Studiensammlung wird der methodisch notwendige und inhaltlich ergiebige Weg historischer Untersuchungen beschritten, deren Stärke vor allem in der Möglichkeit des Vergleichs sowohl zwischen religiösen Organisationen sowie zwischen diesen und anderen gesellschaftlichen Gruppen liegt. Insgesamt ein unverzichtbares Komplement zu anderen, etwa sozialpsychologischen Ansätzen bei der Erforschung der gesellschaftlichen Wirkungen christlicher Gruppen am überlebenswichtigen Beispiel Krieg oder Frieden³.

Eckehart Lorenz

Jochen Jacke, Kirche zwischen Monarchie und Republik. Der preußische Protestantismus nach dem Zusammenbruch von 1918 (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. XII), Hans Christians Verlag, Hamburg 1976, 495 S., Ln., 48 DM.

Unter den neueren Arbeiten zur Geschichte der evangelischen Kirchen in der Zeit der Weimarer Republik ragt die Arbeit von Jochen Jacke durch eine bemerkenswerte Verbindung von detaillierter Quellenanalyse und übergreifender Interpretation hervor. Sie ist ein wichtiger Beitrag zur Frühgeschichte der Weimarer Republik; zugleich liefert sie eine eindringende Darstellung eines besonders wichtigen Abschnitts in der Geschichte des deutschen Protestantismus.

Die Novemberrevolution bedeutete für die evangelischen Landeskirchen in Deutschland schon deshalb einen epochalen Einschnitt, weil mit der Beseitigung der Monarchie in den deutschen Einzelstaaten zugleich die Stellung der Fürsten als oberster Bischöfe in Wegfall kam. Zugleich stellte die Forderung nach Aufhebung des Staatskirchentums und nach der Durchführung der Trennung von Staat und Kirche trotz aller Wandlungen, die sich in dieser Hinsicht bereits im 19. Jahrhundert angebahnt hatten, die überlieferte Gestaltung des Verhältnisses von Staat und Kirche in Frage. Während die Novemberrevolution für die katholische Kirche nur Auswirkungen im Staat-Kirche-Verhältnis mit Notwendigkeit nach sich zog, hatte im Bereich des Protestantismus der politische Umsturz mit Zwangsläufigkeit Veränderungen der Kirchenverfassung zur Folge. Deshalb ist es folgerichtig, daß Jacke der Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche und der Umgestaltung der

³ Vgl. dazu etwa Wolfgang Huber / Gerhard Liedke, Wie verhalten sich Christen zum Krieg?, in: Evangelische Kommentare, Stuttgart 1975, H. 1, S. 22 ff.